

Wahleinspruch des FVDZ als unbegründet zurückgewiesen

Hannover, 7. Januar 2011 - Im November hatte bei der Wahl zur Vertreterversammlung (VV) der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Niedersachsen die Gruppe der „Zahnärzte für Niedersachsen – ZfN“ die meisten Stimmen erhalten. Der im Wahlbezirk 4 (Hannover-Land) unterlegene Bewerber des „Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte – FVDZ“ erhob in seinem Wahleinspruch die Forderung, dass der Wahlvorschlag der ZfN nicht hätte zugelassen werden dürfen, weil er verfrüht, d. h. außerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens, vorgelegen habe. Mit dieser Begründung forderte er, die gewählten VV-Mitglieder der ZfN von der Liste zu streichen und durch Nachrücker des FVDZ zu ersetzen.

Der vom Sozialministerium berufene Wahlprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 07.01.2011 den Wahleinspruch des FVDZ-Kandidaten mit einer umfangreichen juristischen Erläuterung als unbegründet zurückgewiesen.

Einem vor dem Beschluss als Kompromiss angebotenen Vermittlungsvorschlag des Vorsitzenden des Wahlprüfungsausschusses (Präsident des Verwaltungsgerichtes Hannover a. D.) wollten die Protagonisten des FVDZ, allen voran der Präsident der Zahnärztekammer Niedersachsen, Dr. Sereny, nicht folgen.

Damit wird deutlich, dass es dem FVDZ primär darum geht, über das Vehikel eines Wahleinspruchs das Wahlergebnis entscheidend umzukehren. Bei dem dargelegten bizarren Demokratieverständnis des FVDZ muss davon ausgegangen werden, dass der Verband weitere Gerichte bemühen wird.

Zahnärzte für Niedersachsen e.V. (ZfN)
Dr. Bodo Heckroth
Stellvertretender Vorsitzender
Geschäftsstelle
Steinstraße 29
31157 Sarstedt
Telefon: 05066-62636
Fax: 05066-693788
E-Mail: bheckroth@zfn-online.de
URL: <http://www.zfn-online.de>



Der eingetragene Verein „Zahnärzte für Niedersachsen“ (ZfN) ist ein niedersachsenweiter Zusammenschluss von Zahnärztinnen und Zahnärzten, Fachzahnärzten für Kieferorthopädie sowie Fachärzten für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie, die sich fachlich und politisch besonders für die Zahnärzteschaft und die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung engagieren.